



## Regierungsratsbeschluss vom 04. Juli 2017

Petition P349 betreffend "Bessere Arbeitsmarktchancen für Jobsuchende 50plus"

---

P165338

1. Der Regierungsrat genehmigt den vorgelegten Briefentwurf an die Petitionskommission.
2. Der Regierungsrat beantragt dem Grossen Rat, die Petition P349 abzuschreiben.

### Begründung

Der Regierungsrat führt in seiner Beantwortung der Petition aus, weshalb es bei der Anstellung älterer Arbeitsloser keine Beteiligung des Kantons an den Arbeitgeberbeiträgen zur beruflichen Vorsorge braucht. Dabei sind dem Regierungsrat folgende Überlegungen wichtig: Einerseits reagiert der Kanton Basel-Stadt bereits mit diversen wirksamen und erprobten Massnahmen angemessen auf die Problematik und die besonderen Bedürfnisse älterer Stellensuchender. Andererseits würden Subventionen von BVG-Arbeitgeberbeiträgen die Situation älterer Stellensuchender kaum wesentlich verbessern. Auch kann die Wirksamkeit solcher Subventionen, wie sie im Kanton Neuenburg existieren, nicht belegt werden. Und zuletzt ist neben allfälligen Mitnahmeeffekten eine nachweisbare negative Auswirkung der Altersstaffelung auf den Stellensucherfolg statistisch nicht erkennbar. Der Regierungsrat ist demzufolge der Ansicht, dass bei der Anstellung älterer Arbeitsloser eine Beteiligung des Kantons an den Arbeitgeberbeiträgen zur beruflichen Vorsorge nicht angebracht sei. Dieses Anliegen war in einer Petition dem Grossen Rat und dem Regierungsrat vorgelegt worden.

